

Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport

**LAND
BRANDENBURG**



Vorläufiger Rahmenplan

Lernbereich „Gesellschaftslehre“

Politische Bildung

Sekundarstufe I

Z-V BB
S-1(1991)

3002.1

Georg-Eckert-Institut BS78



1 133 680 3

Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport

LAND
BRANDENBURG



Vorläufiger Rahmenplan

Lernbereich „Gesellschaftslehre“

Politische Bildung

Sekundarstufe I

Vorläufiger Rahmenplan
des Landes Brandenburg

Herausgeber:

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 107, O-1561 Potsdam

Juni 1991

Dieser Rahmenplan wurde erarbeitet von:

Hans-Werner Bröcker, Marlies Brüggemann, Richard Buchner, Jürgen Langer,
Jutta Maybaum-Fuhrmann, Botho Priebe, Frank Wernick-Otto, Gabriele Zühlke

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek

92/2794

Herstellung und Verlag:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Karl-Liebknecht-Straße, O-1574 Potsdam, Telefon 9 76 23 01, Telefax 9 76 23 09

Z-V BB

S-1(1991)

Aus dem ersten Schulreformgesetz für das Land Brandenburg

§ 1 Recht auf Bildung

- (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf schulische Bildung. Dieses Recht wird nach Maßgabe dieses Gesetzes durch das öffentliche Schulwesen gewährleistet.
- (2) Die Fähigkeiten und Neigungen des Kindes sowie der Wille der Eltern bestimmen seinen Bildungsgang. Der Zugang zu den schulischen Bildungsgängen steht jeder Schülerin und jedem Schüler nach Leistung und Bildungsbereitschaft unabhängig von Herkunft sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Eltern offen.

§ 2 Allgemeine Bildungs- und Erziehungsziele

- (1) Die Schule unterrichtet und erzieht junge Menschen. Sie verwirklicht die in der Landesverfassung verankerten allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziele. Dazu gehört insbesondere die Erziehung zur Bereitschaft zum sozialen Handeln, zur Anerkennung der Grundsätze der Menschlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zum friedlichen Zusammenleben der Völker und zur Verantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt sowie zu der Fähigkeit und Bereitschaft, für sich allein und gemeinsam mit anderen Leistung zu erbringen.
- (2) Die Schule achtet das Erziehungsrecht der Eltern. Sie wahrt Offenheit und Toleranz gegenüber den unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und politischen Überzeugungen und Wertvorstellungen. Sie gewährt die gleichberechtigte Bildung und Erziehung hinsichtlich der Geschlechter und der kulturellen Herkunft. Sie vermeidet, was die Empfindungen Andersdenkender verletzen könnte. Keine Schülerin und kein Schüler darf einseitig beeinflusst werden.

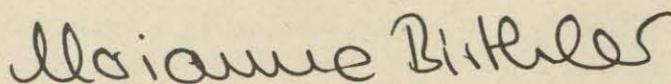
**RdErl. d. Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport
vom 6. August 1991**

Für die Sekundarstufe I im Land Brandenburg wird hiermit gemäß § 22 des Ersten Schulreformgesetzes für das Land Brandenburg (Vorschaltgesetz zum Landesschulgesetz) dieser vorläufige Rahmenplan festgesetzt.

Er tritt am 22. August 1991 in Kraft.

Entgegenstehende Lehrpläne, Rahmenrichtlinien, Handreichungen, Hinweise und Empfehlungen treten damit außer Kraft.

Dieser vorläufige Rahmenplan ist in den Bestand der Schulbibliothek aufzunehmen und dort zur Einsichtnahme bzw. Ausleihe verfügbar zu halten.



Marianne Birthler

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport

Vorwort

Mit dem Beginn des Schuljahres 1991/92 ändert sich die Bildungslandschaft in Brandenburg grundlegend. Das Erste Schulreformgesetz für das Land Brandenburg ist in Kraft getreten. Schulen erhalten nicht nur einen neuen Namen, eine neue Form und Struktur, sondern auch das Innenleben der Schulen, der Unterricht in den Klassenräumen, erhält neue Vorgaben und Freiräume. Die Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie der Eltern werden verbessert.

Alte Regelungen des sozialistischen Bildungsgesetzes verlieren damit ihre Gültigkeit. Ziel ist nicht mehr die Vermittlung eines geschlossenen Weltbildes, des sozialistischen Erziehungsideals, das durch ein engmaschiges Netz von Vorschriften durchgesetzt und kontrolliert werden sollte. Die Aufgaben der Schule werden nun durch das Grundgesetz und durch das Erste Schulreformgesetz auf eine demokratische und rechtsstaatliche Grundlage gestellt.

Eine lebendige Demokratie, eine offene Gesellschaft, setzt auf mündige, selbstbewußte und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger. Schule soll diesen Prozeß der Aufklärung fördern. Sie muß sich daran messen lassen, ob sie im Alltagshandeln die Würde der Kinder und Jugendlichen achtet und schützt und in welchem Umfang es ihr gelingt, ihnen zu selbständigem Denken und Handeln zu verhelfen.

Dies erfordert die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Unterrichtsgestaltung. Besondere Gelegenheiten für selbständiges Planen, Urteilen, Entscheiden und Handeln bieten sich auch außerhalb des Fachunterrichts durch den fächerübergreifenden, integrierenden Unterricht sowie durch Unterrichtsprojekte. Ein motivierender Unterricht arbeitet mit vielfältigen Lernformen: Gruppenarbeit, Partnerarbeit, selbständige Einzelarbeiten lösen den Frontalunterricht immer wieder ab, systematisch orientierte Phasen wechseln mit Formen spielerischen Lernens.

Grundsätzlich gilt in einer durch Wissenschaft geprägten Welt, daß sich auch Schülerinnen und Schüler mit wissenschaftlichem Denken und wissenschaftsorientiertem Handeln auseinandersetzen. Das bedeutet aber nicht, daß Wissenschaft als unbezweifelbare Wahrheit vermittelt wird. Vielmehr geht es darum, Grundprinzipien wissenschaftlichen Arbeitens so erfahrbar zu machen, daß sie auch von jüngeren Schülerinnen und Schülern nachvollzogen werden können. Dazu gehört die Einsicht in den begrenzten Gültigkeitsbereich wissenschaftlicher Aussagen ebenso wie die Erkenntnis, daß mit ihnen zugleich auch immer die Dimension von Verantwortung und Wertentscheidung angesprochen ist.

Kinder und Jugendliche sollen Schule als einen Ort erfahren, an dem sie gerne sind, wo etwas Interessantes geschieht und wo gut gelernt werden kann. Dabei muß Lernen als ganzheitlicher Prozeß verstanden werden, der die Fächergrenzen überschreitet und zugleich "Kopf, Herz und Hand" erfassen soll. Die hier vorgelegten Rahmenpläne sind diesen Intentionen verpflichtet.

Grundlage einer solchen schulischen Bildung ist ein Klima des gegenseitigen Vertrauens. Eine Schule, die das Selbstvertrauen der Schülerinnen und Schüler fördern will, muß Vertrauen in sie setzen. Wenn zur Verantwortung erzogen werden soll, müssen junge Menschen Verantwortung schon im Bildungsprozeß erfahren und ausüben. Wenn Freiheit und Demokratie Erziehungsziele sind, müssen Kinder und Jugendliche schon als frei angesprochen werden und "gelebte Demokratie" in Schule und Unterricht erfahren. Schule soll als alltäglicher Lebensraum von ihnen als veränderbar und gestaltbar erlebt werden.

In diesem Sinne geht es nicht nur um die Vermittlung von Fachwissen, um die Kenntnis der Inhalte, sondern schulische Allgemeinbildung ist zugleich immer ein Teil der allgemeinen Menschenbildung. Dies bedeutet vor allem, Sinn und Verantwortung erschließen für

- das Leben in der Demokratie,
- das Leben in der Einen Welt (und d.h. die Untrennbarkeit von Frieden und Gerechtigkeit),
- das Leben als Teil der Natur und im Umgang mit der Natur.

Diese Aufgaben betreffen das Schulleben insgesamt, den "Geist" und das "Ethos" einer Schule, aber sie betreffen auch und gerade den konkreten Fachunterricht, der systematisch aufgebaut und auf Kontinuität angelegt ist.

Schule wird junge Menschen nur erreichen, wenn sie auf sie eingeht, ihre Fragen ernst nimmt, sich in ihr Denken und Fühlen, ihre Vorstellungen und Bedürfnisse hineinversetzt. Dies kann nicht gelingen, wenn zu viel und zu schnell und ohne Rücksicht auf die einzelne Schülerin, den einzelnen Schüler, verfahren wird. Die Klage über die "Stoff-Fülle" begleitet die Forderung nach Schulreform seit Generationen. Die Begründung für jeden einzelnen Inhalt der verschiedenen Fächer mag einleuchtend erscheinen. Wenn die Summe dieser Inhalte zur Überforderung führt und ein gründliches Sich-Einlassen und wirkliches Verstehen nicht mehr möglich ist, verkommt der Bildungsprozeß zum Auswendiglernen von abfragbarem Wissen. Das Interesse der Schülerinnen und Schüler erstickt, wenn nur noch "mechanisch" gelernt wird, wenn Fragen, noch bevor sie gestellt sind, mit Antworten oder Belehrungen zugedeckt werden. In diesem Sinne kommt es vor allem darauf an, Lernfreude zu wecken und zu erhalten, Schulangst und Schulverdrossenheit zu vermeiden, zum Weiterlernen zu ermutigen und zu befähigen.

Die vorläufigen Rahmenpläne konzentrieren sich auf Wesentliches; ihre Intention ist es, nur solche Ziele und Inhalte vorzugeben, die von allen Schülerinnen und Schülern auf individuellem Niveau erreicht werden können. Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer ist es deshalb, die Ziele und Inhalte so zu konkretisieren, daß die Schülerinnen und Schüler

- Beziehungen zu eigenen Lebenssituationen und zur eigenen Lebenswirklichkeit erkennen können,
- ihre eigenen Erfahrungen, ihre Vorkenntnisse und methodischen Fertigkeiten einbringen können,
- Lernprozesse mitplanen und mitgestalten können,
- zum fachlichen und fächerübergreifenden Lernen befähigt werden,
- selbsttätig Wege zu Lösungen finden können,
- gewonnene Ergebnisse anwenden, in bestehende Zusammenhänge einordnen bzw. auf neue übertragen lernen.

Die vorläufigen Rahmenpläne geben den Lehrerinnen und Lehrern einen großen Freiraum, den es sinnvoll zu nutzen gilt. Auf verbindliche Zeitrichtwerte wurde bewußt verzichtet. Die Verantwortung der Pädagoginnen und Pädagogen wird ernst genommen. Bildungsministerium und Schulaufsicht treten damit in ihrer Rolle als Verordner und Kontrolleure schulischer Prozesse zurück; sie haben die vornehmliche Aufgabe anzuregen, zu beraten und zu unterstützen.

Lehrerinnen und Lehrer stehen vor der großen Aufgabe, die Gestaltungsspielräume eigenverantwortlich, sinnvoll und kreativ zu nutzen. Bevor jedoch nach neuen Handreichungen und Regelungen gerufen wird, sollten die eigenen Fähigkeiten und Ideen erprobt werden. Mit den ersten Erfolgen wird sich auch Mut einstellen und Lust auf neuen Unterricht.

Die vorläufigen Rahmenpläne ersetzen die bisher gültigen Richtlinien und Lehrpläne und treten mit dem Schuljahr 1991/92 in Kraft. Sie sind schulformübergreifend angelegt und enthalten Hinweise, wie auf unterschiedlichen Anspruchsebenen differenziert werden kann. Wo die bisherige Planung in Einzelfällen Abweichungen erforderlich macht, liegt dies in der Verantwortung der einzelnen Schule, die auch innerhalb der vorgegebenen Stundentafel Schwerpunkte setzen kann.

Die vorläufigen Rahmenpläne sind als Übergangslernpläne erarbeitet worden. Die Zeit für die Fertigstellung war für die kurzfristig zusammengesetzten Projektgruppen ungewöhnlich knapp. Ohne die dankenswerte Unterstützung des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung in Soest wäre das Ergebnis nicht zu schaffen gewesen. Das neue Pädagogische Landesinstitut Brandenburg (PLIB) wird von Beginn des neuen Schuljahres an unter breiter Beteiligung der Lehrkräfte die Arbeit an der Fortschreibung und Weiterentwicklung neuer Lehrpläne für alle Fächer und Schulstufen übernehmen. Die Erfahrungen mit den hier vorliegenden vorläufigen Rahmenplänen sollen dabei einfließen. Dazu bitte ich alle Beteiligten, Kritik oder Bestätigung, Vorschläge oder Berichte an das PLIB zu senden (Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg, O-1720 Ludwigsfelde, Struveshof).

Das neue Schuljahr bedeutet für alle am Schulleben Beteiligten ungewöhnliche, ja einmalige Anforderungen. Die Abschaffung der sozialistischen Einheitsschule und die Gestaltung eines demokratischen Bildungssystems ist eine der größten Herausforderungen für die Menschen dieses Landes, an welcher Stelle sie auch an der Schule beteiligt sind. Diesen Prozeß der Demokratisierung in all seinen Elementen zu begreifen und zu fördern ist unsere gemeinsame Aufgabe. Ich wünsche allen dazu die notwendige Kraft und Phantasie.

Marianne Birthler

(Marianne Birthler)
Ministerin für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg

Aufgaben und Ziele des Lernbereichs "Gesellschaftslehre"

Die Rahmenpläne des Lernbereichs Gesellschaftslehre umfassen die Fächer Politische Bildung, Geschichte und Erdkunde. Jedes einzelne Fach verweist dabei zwar auf spezifische Lerninhalte, -ziele und -verfahren; allen dreien kommt jedoch ein gemeinsamer Auftrag zu, nämlich

- die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, Bedingungen, Strukturen und Probleme ihrer Lebenswirklichkeit in ihren politischen, historischen und geographischen Bezügen wahrzunehmen und sich sachgerecht mit ihnen auseinander zu setzen,
- die Schülerinnen und Schüler bei der Entwicklung ihrer Urteils- und Handlungsfähigkeit zu fördern,
- das Interesse der Schülerinnen und Schüler an der Mitgestaltung ihrer Lebenswirklichkeit zu wecken und ihnen beim Aufbau des dazu notwendigen Orientierungs-, Sach- und Handlungswissens zu helfen.

In diesem allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag kommt einerseits das Interesse der Gesellschaft an mündigen und handlungsfähigen Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck, ohne die ein demokratisch verfaßtes Gemeinwesen auf Dauer nicht existieren und sich weiterentwickeln kann; andererseits entspricht diese Zielbestimmung aber auch dem Bedürfnis des Individuums, seine speziellen Fähigkeiten und damit seine eigene unverwechselbare Identität entwickeln zu können. Selbst- und Mitbestimmung sind sowohl aus der Sicht des Individuums als auch aus der Sicht der Gesellschaft zentrale Entwicklungsziele.

Jedes der drei Fächer leistet im Rahmen dieser Zielbestimmung des Lernbereiches seinen speziellen Beitrag:

- o Das Fach Politische Bildung geht besonders auf die Bedingungen und Möglichkeiten politischen und sozialen Handelns ein und thematisiert dabei die Zusammenhänge zwischen politischen, ökologischen und sozialen Zielvorstellungen, ökonomischen Strukturen und gesellschaftlichen Auswirkungen.
- o Der Geschichtsunterricht lenkt die Aufmerksamkeit auf die Entwicklungsprozesse der menschlichen Gesellschaft, thematisiert die historisch bedingten Herausforderungen, mit denen sich Individuen, Gruppen und Gesellschaft konfrontiert sahen und sehen und leitet zu einer Beurteilung der entstandenen Ergebnisse und gesellschaftlichen Strukturen an.
- o Der Erdkundeunterricht stellt die Beziehungen des Menschen zu den natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen seines Lebensraums in den Mittelpunkt und thematisiert die daraus entstandenen und entstehenden räumlichen Strukturen und Prozesse.

Angesichts der Komplexität der Themen, der Verstehensmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler und angesichts der begrenzt zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit können Zusammenhänge zwischen den drei Unterrichtsfächern nicht in jeder Unterrichtsstunde explizit aufgezeigt werden.

Komplex sollte allerdings an *den* Inhalten gearbeitet werden, die sich unter didaktischen, methodischen und lerntheoretischen Begründungen dazu eignen. Solche Inhaltskomplexe, die aus der Sicht aller drei Fächer gleichermaßen bedeutsam und in den Lehrplänen entsprechend verortet sind, könnten etwa sein:

In den Klassen 7 und 8

- o "Umwelt"
- o "Arbeit"

In den Klassen 9 und 10

- o "Minderheiten"
- o "Soziale Gerechtigkeit"
- o "Frieden"

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Lehrerinnen und der Lehrer, Lernsituationen für fächerübergreifende Fragestellungen selbst zu erkennen und zu nutzen.

Dabei können folgende Gesichtspunkte zur Geltung kommen:

- aktuelle Anlässe,
- nachhaltige Interessen und Fragen der Schüler und Schülerinnen,
- lokale oder regionalspezifische Voraussetzungen,
- Kooperationsmöglichkeiten mit Fachkolleginnen und Fachkollegen,
- projektorientierte Arbeitsverfahren.

Die Rahmenpläne der einzelnen Fächer des Lernbereichs Gesellschaftslehre sind entsprechend offen konzipiert. Sie geben Lehrerinnen und Lehrern große didaktische und inhaltliche Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit. Diese Freiheit soll insbesondere auch zur fächerübergreifenden Kooperation genutzt werden. Sie ist aber gleichzeitig Verpflichtung zur demokratischen Einbeziehung der jeweils zuständigen Gremien gemäß der "Verordnung über die Mitwirkung der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte"(MW-VO).

Für die Schulformen der Sekundarstufe I gelten unterschiedliche Stundentafeln. Die Fächer des Lernbereichs Gesellschaftslehre werden an den Gesamtschulen, den Realschulen und zum Teil an den Gymnasien epochal unterrichtet. Die Epochalisierung ist in den verschiedenen Schulformen unterschiedlich. Die Rahmenpläne der Fächer des Lernbereichs Gesellschaftslehre berücksichtigen dies, indem sie Stoff und Inhalte für alle Klassenstufen ausweisen.

Die Rahmenpläne der einzelnen Fächer geben in ihren jeweiligen Kapiteln "Zum Umgang mit dem Rahmenplan" Empfehlungen, wie die Lehrerinnen und Lehrer im Sinne didaktischer und inhaltlicher Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit Stoff und Inhalte insbesondere auch im Hinblick auf den Wahlpflichtbereich unter derartigen Bedingungen strukturieren können.

Entscheidungen über Wahlpflichtbereich, Schwerpunktgestaltung, Epochen, Projekte, die das jeweilige Schulprofil mitprägen, treffen die entsprechenden Mitwirkungs-gremien (Schulkonferenz, Konferenz der Lehrkräfte).

Inhalt

	Seite
1. Ausgangsposition, Ziele und Aufgaben	4
2. Qualifikationen und didaktische Konzeption	6
2.1 Qualifikationen und Schlüsselprobleme des Faches	6
2.2 Didaktische Prinzipien des Lehrens und Lernens	7
2.3 Lernverfahren und Methoden	9
3. Hinweise zur Leistungsbewertung	12
4. Zum Umgang mit dem Rahmenplan	14
5. Lernfelder, Themen und Inhalte	15
Grobstruktur des Rahmenplans	15
Klassen 7/8	16
Klassen 9/10	23

1. Ausgangsposition, Ziele und Aufgaben

Die Ereignisse des Jahres 1989 haben zu neuen Chancen für jene politischen Leitideen geführt, die eine humane politische Ordnung möglich machen: Menschenwürde, Freiheit, Pluralismus, Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie.

Vor dem Land Brandenburg steht nun die Aufgabe, auf neuen verfassungsrechtlichen Grundlagen die ökonomischen, sozialen, ökologischen, politischen und kulturellen Herausforderungen der deutschen Einheit zu meistern.

Eine Demokratie kann nur durch die Aktivität ihrer Bürgerinnen und Bürger wachsen. Deshalb kommt im gegenwärtigen Prozeß gesellschaftlicher Erneuerung der politischen Bildung grundlegende Bedeutung zu. Sie soll das Interesse junger Menschen für Politik fördern und ebenso ihre Fähigkeit und Bereitschaft, am Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung und Durchsetzung von Interessen teilzunehmen.

An die Stelle der Erziehung zu vorgegebenen "Wahrheiten" tritt eine politische Bildung und Erziehung, die zur Toleranz, Achtung vor der menschlichen Individualität, Eigenverantwortlichkeit und Kritikfähigkeit herausfordert und ideologische Indoktrination ausschließt. Das erfordert eine grundlegende Neugestaltung der politischen Bildung und Erziehung in einem neuen Unterrichtsfach, das sich in der Zielsetzung und seinem Inhalts- und Methodenkonzept prinzipiell vom bisherigen Staatsbürgerkundeunterricht unterscheidet. Der vorliegende Rahmenplan für Politische Bildung stellt sich den Erfordernissen eines demokratischen politischen Unterrichts und ist eindeutig dem kritisch-reflexiven Umgang mit politischen Inhalten gewidmet. Die eigentliche Herausforderung des Faches besteht auch darin, sowohl die Abwendung Jugendlicher von Politik aufzugreifen als auch ihr Engagement bis hin zu den extremen Formen ernst zu nehmen und zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Politische Bildung orientiert sich an den Prinzipien des Grundgesetzes und an den allgemeinen Menschenrechten (Menschenrechtskonvention der UNO); sie knüpft an Ideen der Aufklärung, der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung und anderer emanzipatorischer Bewegungen an. Politische Bildung soll zum Verständnis der erlebten Wirklichkeit beitragen und aufzeigen, wie diese Wirklichkeit gestaltbar und veränderbar ist.

Eine Reihe nationaler und internationaler Entwicklungen und die globale Gefährdung der Welt fordern gegenwärtig neues politisches Denken und Handeln des einzelnen und der Gesellschaft heraus. Zu diesen Entwicklungen gehören:

- die aktuelle politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation, die durch vielfältige Verwerfungen, Umbrüche und Neuerungen gekennzeichnet ist, alte Feindbilder und Ideologien, die verfallen, und politische Strukturen, die sich auflösen;
- der Einigungsprozeß in Deutschland und Europa, mit dem Nationalitätenkonflikte und Unabhängigkeitsbestrebungen der Nationen Osteuropas, Asiens und anderer Teile der Welt einhergehen;
- das sich verändernde Ost-West-Verhältnis, das zunehmend überlagert wird vom Nord-Süd-Konflikt;
- Prozesse globaler Art, die dazu herausfordern, die Welt zunehmend als ein System zu begreifen, in dem alle politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Aspekte vernetzt sind.

Diese Problemlagen und Wandlungsprozesse sind zugleich Ansprüche an politische Bildung, an das, was junge Menschen wissen und lernen müssen, um in der Gegenwart und Zukunft bestehen zu können.

Die Beschäftigung mit der Entwicklung, den Strukturen und der Hinterlassenschaft der ehemaligen DDR ist eine wesentliche Voraussetzung für das Verständnis aktueller nationaler und internationaler Prozesse. Dabei ist es für die politische Bildung im Land Brandenburg besonders wichtig, an jeweilige Erfahrungen anzuknüpfen, die Formen autoritärer Herrschaft aufzuarbeiten und sich mit den überdauernden Prägungen und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen.

Politische Bildung soll den Heranwachsenden Orientierungshilfe in der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit sein. Sie orientiert sich in ihrem Ziel und ihren Inhalten an der Personalität des Menschen und versteht dabei Politik als die ständig neu gestellte Aufgabe, menschliches Zusammenleben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu gestalten und zu gewährleisten. An diesem Verständnis soll konkrete Politik gemessen werden. Bei der Gestaltung des Unterrichts sind folgende Grundsätze von Bedeutung:

- Überwältigungsverbot: Es ist nicht erlaubt, die Schülerinnen und Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.
- Kontroversität: Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muß sich auch im Unterricht kontrovers zeigen.
- Berücksichtigung der Interessenlage: Die Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre Interessenlagen zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Diese Grundsätze führen zum Begriff der Emanzipation, der als Richtwert des politischen Lernens verwendet wird. Im Laufe einer langen Begriffsgeschichte hat das Wort Emanzipation Traditionen der Aufklärung in sich aufgenommen und meint Befreiung von Unmündigkeit. In der politischen Bildung wird darunter ein Lernprozeß verstanden, in dem Schülerinnen und Schüler die komplexer und schwerer durchschaubar werdende Welt besser begreifen, sich nicht blind in die Gegebenheiten fügen und aufgrund von Sachkenntnis und Urteilsfähigkeit bereit und fähig werden, Selbst- und Mitbestimmung in Politik und Gesellschaft zu praktizieren. Der Begriff Emanzipation wird in den Qualifikationen entfaltet (vgl. Kapitel 2.1).

Die Vermittlung von Kenntnissen und Einsichten sind Grundlage für die Entwicklung von Urteils- und Entscheidungsfähigkeit einerseits und die Befähigung zum sozialen Handeln andererseits. Diese sind Voraussetzungen für gesellschaftlich verantwortliche, politische Partizipation. Es gibt keine politische Bildung ohne soziales Lernen.

Die Kenntnisse sozialwissenschaftlicher Instrumentarien sollen helfen, Erfahrungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu erschließen, Urteile auf ihre Begründungen zu prüfen und Entscheidungen durch eine Diskussion sozialer Handlungsalternativen vorzubereiten.

Politisches Lernen verlangt somit die kritische Auseinandersetzung mit Erfahrungen der gesellschaftlichen Realität, gegebenenfalls die Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen sowie von Verhältnissen, die das Leben in einer demokratischen Gesellschaft notwendig macht.

2. Qualifikationen und didaktische Konzeption

2.1 Qualifikationen und Schlüsselprobleme des Faches

Der Unterricht im Fach Politische Bildung soll zur Bewertung und Bewältigung von Lebenssituationen beitragen, indem er sich an Qualifikationen orientiert, die dem emanzipatorischen Grundgedanken folgen.

Bewältigung individueller und gesellschaftlicher Lebenssituationen schließt den Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einsichten ein. Gleichwohl erschöpft sich darin nicht der Begriff der Qualifikationen. Die Qualifikationen sind auf den rational und kritisch denkenden, selbständig und unabhängig urteilenden sowie sozial verantwortlich handelnden Menschen bezogen. Gerade in dieser Hinsicht gibt es - auch nach dem Zusammenbruch der zentralistischen Strukturen und der mit diesen Strukturen verbundenen politischen Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger - einen erheblichen Nachholbedarf. Es geht darum, eigene Interessen mit sozialer Verantwortung, Kompetenz und entsprechendem Engagement zu verknüpfen.

Die Qualifikationen bilden die Grundlage für die zu entwickelnden Zielvorstellungen des Unterrichts. Diese sind im Zusammenhang mit den Unterrichtsthemen durch die Lehrerinnen und Lehrer selbständig auf einen bestimmten Inhalt hin zu präzisieren und anzuwenden.

In den Qualifikationen drückt sich durchgehend die pädagogische Grundorientierung aus, Bildung als Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung, zur Mitbestimmung und zur Solidarität aufzufassen. Von daher stehen die nachfolgend genannten Qualifikationen in einem engen Zusammenhang.

Übersicht über die **Qualifikationen** im Fach Politische Bildung¹⁾

Fähigkeit und Bereitschaft,

- (1) sich in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen Zusammenhängen zurechtzufinden, Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sie auf ihren Sinn, auf ihre Zwänge, Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu prüfen;
- (2) die neuen Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturen, Herrschaftsverhältnisse und Entscheidungsprozesse kritisch zu hinterfragen, zu verstehen, zu nutzen und mitzugestalten;
- (3) Kommunikation und Kommunikationsmittel als wichtigen Faktor beim demokratischen Umbau in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu verstehen, Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen und Teilnahmechancen wahrzunehmen;
- (4) in politischen Alternativen zu denken und zu lernen, sich zu engagieren, auch gegen Widerständige Entscheidungen auf demokratische Weise herbeizuführen, in unterschiedlichen sozialen Gruppen mitzuarbeiten und dabei Belastungen auszuhalten;
- (5) sich selbst zu verwirklichen, eigene Vorstellungen vom glücklichen, erfüllten Leben zu entwickeln und in sozialer Verantwortung wahrzunehmen, eigene Rechte und Interessen zu vertreten, aber auch gesellschaftliche Interessen und Interessen anderer (z. B. Benachteiligter) zu erkennen und ihnen gegebenenfalls den Vorrang zu geben;
- (6) das Lebensrecht und die Eigenständigkeit anderer Gesellschaften zu akzeptieren, für wirksame Sicherheitskonzepte und für die Interessen benachteiligter Völker einzutreten, auch individuelle Verantwortung für globale Probleme zu erfassen;
- (7) durch eigenes Verhalten und durch Teilnahme an Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen Verantwortung für heutige und künftige Lebensbedingungen mit zu übernehmen;
- (8) die Arbeit als Bedingung für individuelle und gesellschaftliche Existenzsicherung und als Faktor für Selbstverwirklichung und politische Beteiligung zu verstehen und dies im individuellen Lebenskonzept zu berücksichtigen, sich für die Demokratisierung und Humanisierung der Arbeitswelt einzusetzen.

1) in Anlehnung an: Das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Richtlinien für den Politikunterricht, 3. Auflage, Düsseldorf 1987

Bei der Anordnung der vier Lernfelder (Gesellschaft - Wirtschaft - Demokratie - die Eine Welt) im Fach Politische Bildung spielen - neben dem Bezug auf die Qualifikationen - vor allem gesellschaftliche Schlüsselprobleme eine konstituierende Rolle. Politische Probleme sind in unterschiedlichem Grade mit ökonomischen, sozialen, ökologischen, regionalen und globalen Problemen und Gefährdungen verbunden. **Schlüsselprobleme** in diesem Sinne sind u. a.:

- (1) Krieg, Frieden und Friedenssicherung (Bürgerkrieg, Gefahr globaler Vernichtung, Verlagerung in die Dritte Welt, Rüstungskontrolle, Abrüstung, Verfassungsauftrag zur Völkerverständigung);
- (2) Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen (Zerstörung von Lebensgrundlagen, Interessenkonflikt, ökologisch verantwortete Wirtschaftsordnung);
- (3) Verhältnis zwischen Industriegesellschaften und Entwicklungsländern (Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen Teilinteressen und deren sozialen und ökologischen Auswirkungen, Verständnis der verschiedenen Gesellschaften als Eine Welt);
- (4) Zusammenleben verschiedener Kulturen, Nationen (multikulturelle Gesellschaft; Rechtsextremismus, Linksextremismus, Humanisierung, Menschenrechte, Toleranz), Existenz und Identitätsverlust von Gesellschaften und sozialen Gruppen (soziale Auswirkungen von Umbruchsituationen, Entstehen demokratischer Ansätze);
- (5) wachsende Komplexität der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse und das Problem der Machtstrukturen (Gefährdung demokratischer Mitbestimmung im Bereich der Grundsatzentscheidungen, Gewicht der demokratischen Kontrolle, Demokratie lernen);
- (6) politische Kontrolle gegen Informations- und Datenmonopolisierung (Gefährdung politischer und kultureller Identität durch Informationstechnologien und Massenmedien);
- (7) Aufbau sozialer und ökologischer Marktwirtschaften, Entfremdung und Verfügbarkeit von Arbeit, Effizienz und soziale, ökologische Verantwortung.

Die hier genannten Schlüsselprobleme sind übergreifende grundlegende Orientierungen, die sowohl individuell als auch global existentielle Fragen berühren, mit denen sich Politische Bildung befassen muß. Im thematischen Kontext bilden die Schlüsselprobleme und die Qualifikationen die Grundlage für die Entfaltung der Lernfelder, Themenbereiche, Inhalte und Probleme.

2.2 Didaktische Prinzipien des Lehrens und Lernens

Die im folgenden formulierten didaktischen Prinzipien bieten eine Grundlage für das Planen, Gestalten und Analysieren von Lehr- und Lernprozessen:

1. Schülerorientierung

Das Fach Politische Bildung hilft den Schülerinnen und Schülern, die gesellschaftliche Umwelt zu erkennen und individuelle Handlungskompetenzen zu entwickeln. Das Prinzip der Schülerorientierung schließt die Orientierung an der Alltagswelt und den Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler mit ein. Das heißt, das Fach Politische Bildung thematisiert konkrete Lebenssituationen, Probleme und Konflikte. Damit Schülerinnen und Schüler als Subjekte ihrer eigenen Lernprozesse ernstgenommen werden können, sollte der Unterricht von ihren Interessen ausgehen. Sie sollten an der Gestaltung und Organisation des Unterrichts beteiligt werden.

2. Handlungsorientierung

Das Fach Politische Bildung zielt auf den kritisch denkenden, selbständig urteilenden und verantwortlich handelnden mündigen Bürger in einer demokratischen Gesellschaft. Handlungsorientierung fördert die aktive Teilnahme der Schülerinnen und Schüler an Entscheidungsprozessen. Handelndes Lernen in authentischen oder auch in simulierten Situationen eröffnet bewußtere Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit.

3. Problemorientierung

Das Prinzip der Problemorientierung hat zwei Komponenten: die gesellschaftlich definierten Problemstellungen einerseits und die von den Schülerinnen und Schülern artikulierten Probleme andererseits.

Problemorientierte Impulse und Aufgabenstellungen sind geeignet, den Schülerinnen und Schülern selbständige Denkleistungen abzuverlangen und ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entwickeln. Sie öffnen den Blick für soziale und politische Probleme und geben Hilfestellungen bei deren Lösung.

4. Kontroversität

Das Prinzip der Kontroversität sieht im Konflikt ein Entwicklungsmoment sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft. Es fördert sowohl die Kompromiß- und Konsensbildung als auch die Achtung vor dem Andersdenkenden (Toleranzgebot). Es setzt voraus, daß Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler ihre Meinungen und Einstellungen zu politischen und sozialen Fragen in den Unterricht einbringen. Das Prinzip der Kontroversität respektiert unterschiedliche Standpunkte und beachtet das Überwältigungsverbot.

5. Ganzheitlichkeit

Das Prinzip der Ganzheitlichkeit schließt die Berücksichtigung der Komplexität der Inhalte und der kognitiven und emotionalen Aspekte des Lernens mit ein. Es erfordert daher vielfältige Lehr- und Lernmethoden, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen rezeptiven, reproduktiven, produktiven, entdeckenden und kreativen Lernhandlungen ermöglichen. Formen des kooperativen (sozialen) Lernens - besonders im Rahmen eines handlungs- und projektorientierten Unterrichts - spielen dabei eine besondere Rolle.

6. Exemplarisches Lernen, Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung

Aus der Vielzahl der für die Bewältigung von Gegenwart und Zukunft relevanten Probleme stellt der Rahmenplan eine begründete exemplarische Auswahl dar. Die Themen stehen jeweils beispielhaft für vergleichbare Problemlagen und bedürfen im Hinblick auf Unterricht der weiteren didaktischen Konkretisierung. Die Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung dient bei der Auswahl exemplarischer Themen und Inhalte als wichtiges Kriterium.

7. Wissenschaftsorientierung

Das Fach Politische Bildung orientiert sich an den Bezugswissenschaften Politikwissenschaften, Soziologie und Ökonomie und integriert auch Erkenntnisse anderer Sozialwissenschaften. Die Wissenschaften stellen für die Lehrerinnen und die Lehrer methodisch-systematische Wissensbestände und Verfahren zur Reflexion von Politik im Hinblick auf deren Grundlagen, Bedingungen und Folgen bereit. Wissenschaftsorientierung fordert nachvollziehbare Begründungen von Sachverhalten und eine klare Begrifflichkeit. Schülerinnen und Schüler sind nach und nach an wissenschaftliches Arbeiten heranzuführen (Wissenschaftspropädeutik)

8. Gegenseitige Achtung im Unterricht

Die Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden soll durch gegenseitige Achtung und zunehmende Partnerschaftlichkeit bestimmt werden. Gegenseitige Achtung erfordert wechselseitige freimütige Kritik und persönliche Glaubwürdigkeit der Lehrerinnen und Lehrer. Eine offene, vertrauensvolle und angstfreie Unterrichts Atmosphäre ist die Voraussetzung für kontroverse Diskussionen und für begründete Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler im Unterricht.

9. Offenheit

Das Prinzip der Offenheit erfordert einerseits einen "offen" gestalteten Lehrplan, der keine "geschlossenen Deutungseinheiten" konzipiert, sondern Raum für eigene Wertungen und Entscheidungen (vgl. Kontroversität) gibt. Andererseits bietet der "offene Lehrplan" die Möglichkeit einer schülergerechten und situationsangemessenen Gestaltung der Themen und Inhalte des Unterrichts. Der Unterricht in Politischer Bildung muß offen sein für fachübergreifendes Arbeiten im Lernbereich Gesellschaftslehre sowie mit weiteren Fächern, wie Deutsch und Arbeitslehre.

Politische Bildung soll sich ins schulische Umfeld öffnen und dessen Probleme aufzeigen. Das kann durch Erkundungen und Befragungen geschehen, heißt aber auch, Fachleute, Eltern, Politiker, ehemalige Schülerinnen und Schüler usw. in die Schule einzuladen. Der Unterricht selbst und ggf. Projekte werden dadurch bereichert und können lebendiger gestaltet werden.

2.3 Lernverfahren und Methoden

Die inhaltlich-didaktische Anlage des Lehrplanes und seine thematische Strukturierung in vier Lernfelder erfordert die Anwendung unterschiedlichster Methoden, Lern- und Arbeitsverfahren und Organisationsformen. Diese Vielfalt trägt zugleich zu einem positiven Lernklima bei. Der Akzent liegt auf schüleraktivem Erleben, Erforschen und Erkennen politischer Situationen, Strukturen und Prozesse sowie deren Reflexion und produktiver Verarbeitung. Altersgemäß sollen die Schülerinnen und Schüler in die Gestaltung von Unterricht einbezogen werden. Die Möglichkeiten des handlungs-, problem- und produktbezogenen Lernens sind weitestgehend zu nutzen.

Dazu zählen unter anderem die Pro- und Contra-Diskussionen, die Debatten, Erkundungen, Befragungen, Sozialstudien, Fallstudien und Fallanalysen, Rollenspiele, Planspiele, Praktika.

Das ganzheitliche pädagogische Konzept im Fach Politische Bildung wird vor allem durch fünf grundlegende methodische Zugänge und Organisationsformen geprägt:

- Handlungs- und Problemorientierung des Lernens, die, wo es sich anbietet, auch mit einer Produktorientierung verbunden werden sollten
- diskursive Methoden (Streitgespräche u. ä.)
- Nutzung exemplarischer Lernmethoden
- binnendifferenzierende Maßnahmen
- projektorientiertes Arbeiten

Diese fünf methodischen Zugänge und Organisationsformen lassen sich voneinander nicht isolieren. Sie tragen sich gegenseitig.

Die **Handlungs-, Problem- und Produktorientierung** des Lernens erweitert beträchtlich das Spektrum der methodischen Möglichkeiten. Sie läßt sich gegebenenfalls gut mit **diskursiven Methoden** verbinden.

Beispiele:

- einen Finanzierungsplan für die Kommune entwerfen;
- ABM-Vorschläge zusammenstellen;
- Alltagssituationen in Familie und Gesellschaft nachspielen und werten;
- Rollenspiele als Diskussions- und Arbeitsgrundlage vorstellen;
- Darstellungen von Informationen transferieren (z. B. aus Erläuterungen Werbetexte machen);
- in der Region selbständig recherchieren und das Ergebnis als Diskussionsgrundlage vorstellen;
- Verhaltensrituale (z. B. politischer, juristischer Art) erproben und werten;
- einen Konflikt an einem Fall mit pro und contra erörtern (z. B. Umgang mit Andersdenkenden und Andersfühlenden);
- Wandzeitungen anfertigen;
- Collagen machen;
- Schaubilder zeichnen und Plakate entwerfen;
- Reportagen/Hörspiele zusammenstellen;
- Texte/Kommentare schreiben;
- Befragungen durchführen;
- Dokumentationen zusammenstellen.

In sehr vielen Themenbereichen empfiehlt sich die Nutzung **exemplarischer Lernmethoden**. Exemplar stellen besonders einsichtig und eindringlich das Typische eines Problems, Vorgangs oder einer Situation heraus und erlauben als konkrete Beispiele die Nutzung sehr verschiedener Betrachtungsebenen (soziale, historische, ökologische, politische, ökonomische, regionale, kulturelle usw.), methodischer Varianten und Arbeitsverfahren.

Durch **binnendifferenzierende** Maßnahmen erhalten Schülerinnen und Schüler einen beträchtlichen zusätzlichen Anreiz, am Lernprozeß in der Gruppe auf ihre individuelle Weise teilzuhaben.

Dieses Verfahren fördert - gut organisiert - die Selbständigkeit Lernender. Es verbessert die Motivation, führt in der Gruppe zu sozialem Lernen und hilft, die kooperative Kompetenz zu entwickeln.

Beispiele für Binnendifferenzierung:

- ein Vorhaben/einen Lernabschnitt in kleine Aufgaben auflösen, die arbeitsteilig bewältigt werden können;
- Wiederholungen, Vertiefungen und thematische Erweiterungen vorsehen;
- gegebenenfalls Aufgaben durch Partnerarbeit, Gruppenarbeit oder im Helferprinzip lösen lassen, hierbei die Lehrerrolle zur Beratertätigkeit entwickeln.

Projektorientiertes Arbeiten hat als Ziel ein konkretes Produkt (Entwicklung von Plänen, Dokumentationen, Vorschlägen u. a.). Dadurch, daß vereinbarte Handlungsprodukte die Organisation des Lernprozesses leiten, wird ganzheitliches und schüleraktives Lernen gefördert. Projekte können Probleme aufgreifen, die in der Wirtschaft, im politisch-sozialen Leben, in der Arbeitswelt oder in Natur und Umwelt viel Brisanz enthalten. Hierbei sollte mit einfacheren Projekten begonnen werden. Wesentlich ist, daß die Schülerinnen und Schüler ihr Ergebnis (in Form einer Ausstellung, eines Plakates, einer Dokumentation, einer Vorführung, einer Diskussion o. ä.) darstellen. Projekte eignen sich gut für fächerübergreifende Aktivitäten und tragen in diesem Zusammenhang zur Abstimmung zwischen verschiedenen Fächern und zur Stoffentlastung bei. Sie erleichtern auch die Öffnung zur Region. Projekte bedürfen einer guten methodischen und organisatorischen Vorbereitung und Begleitung. Sie können zu mehr Lernfreude und zu intensiveren Sozialbeziehungen führen, ganz zu schweigen vom unmittelbar bildenden Effekt.

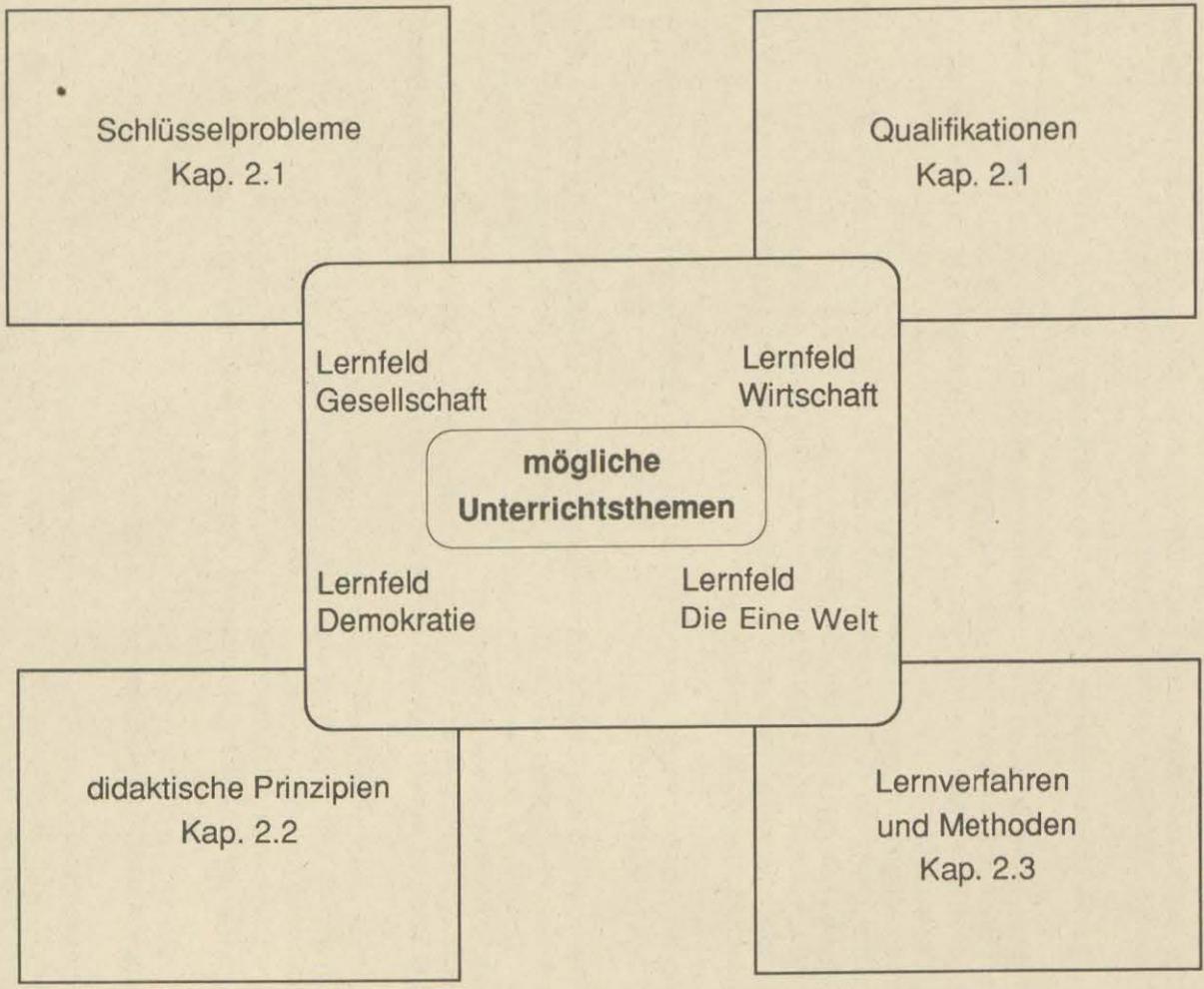
Für die zeitsparende Aneignung von Basiskenntnissen sind selbstverständlich auch weiterhin solche Unterrichtsphasen erforderlich, die **lehgangsmäßig** organisiert sind, in denen die Lehrerinnen und Lehrer als Vermittler von Inhalten und kritischen Analysen auftreten. Solche Phasen erfordern eine planmäßige, systematische Arbeit. Arbeitsformen, wie z. B. Lehrervortrag, Textanalysen, Auswertung von Statistiken, behalten auch im handlungs- und problemorientierten Unterricht ihren Stellenwert. Die genannten Formen sollten aber keinesfalls zu vorherrschenden Unterrichtsmethoden werden. Politisches Lernen vollzieht sich ganzheitlich und erfordert ein entsprechend breites Methodenspektrum.

Es versteht sich dabei von selbst, daß bei aller Vielfalt auch solche Verfahren wie **Üben und Wiederholen** ihren Stellenwert besitzen.

Wichtig ist ein ausgewogenes Verhältnis von verschiedenen Lernverfahren und die Nutzung kooperativer und individualisierter Lernformen. Dies bezieht sich auch auf Variationen der räumlichen Organisation (klassische Sitzordnung, U-Form, Kreisform, Tischgruppen). Gerade Streitgespräche und Problemdiskussionen können durch veränderte räumliche Anordnungen an Profil und Authentizität gewinnen.

Das Anliegen dieses Rahmenplans ist es, die Lehrerinnen und Lehrer zu einer kreativen Umsetzung ihrer methodischen und inhaltlichen Ideen zu ermuntern, sie in die Lage zu versetzen, die Schülerinnen und Schüler in allen Phasen des Unterrichts als Mitgestalter einzubeziehen. Dies stellt zugleich Ansprüche an Engagement und Eigenverantwortung der Lehrerinnen und Lehrer.

In die Planung der einzelnen Unterrichtsthemen fließen neben den Lernfeldern (siehe auch Abschnitt 5) Qualifikationen, Schlüsselprobleme, didaktische Prinzipien sowie Lernverfahren und Methoden ein (siehe Seite 11).



3. Hinweise zur Leistungsbewertung

Leistungsbewertung im Fach **Politische Bildung** ist ein sehr sensibles Feld. Keineswegs darf der Inhalt politischer Meinungsäußerungen von Schülerinnen und Schülern in die Leistungsbewertung einbezogen werden.

Insgesamt sollte behutsam zensiert und dem fördernden und ermutigenden Charakter der Benotung Rechnung getragen werden.

Dies ist eine Bedingung dafür, daß der Unterricht im Fach Politische Bildung zu einem Übungs-, Erprobungs- und Erfahrungsraum für Schülerinnen und Schüler werden kann, sich selbst zu finden, die Gedanken- und Gefühlswelt anderer kennenzulernen und einen toleranten, humanen Umgang miteinander zu erlernen und zu pflegen.

Bei der Bewertung von Schülerleistungen im Fach Politische Bildung werden - basierend auf grundlegendem Faktenwissen - allgemeine und fachspezifische Fähigkeiten berücksichtigt.

Die Bewertung allgemeiner Fähigkeiten im Bereich des Lernverhaltens, bezieht sich u. a. darauf, ob

- das Interesse differenziert, umfassend und beständig ist, Interessen mit Ausdauer verfolgt werden, Bereitschaft zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben besteht;
- die Lernbereitschaft durch ausdauernde Mitarbeit, Aufgabenzugewandtheit und stetigen und zielstrebigem Einsatz geprägt ist;
- die Arbeitsweise sachgerecht und aufgabenbezogen ist;
- die Hausaufgaben gewissenhaft, zuverlässig und vollständig angefertigt werden sowie erforderliche und zusätzliche Arbeitsmaterialien bereitgehalten werden;
- Problemstellungen selbständig entwickelt und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden;
- überlegt und sachangemessen geurteilt und Urteile zunehmend unter Berücksichtigung verschiedener Gesichtspunkte begründet werden.

In die Bewertung der Schülerleistung gehen folgende fachspezifische Leistungen ein wie beispielsweise die Fähigkeit und Bereitschaft,

- politisches Wissen in größere Zusammenhänge einzuordnen, Gelerntes auf ähnliche Aufgaben und Situationen zu übertragen, kausale Zusammenhänge bei bekannten Sachverhalten zu erklären, Problemstellungen zu erfassen und reproduktive Denkaufgaben auf konkret anschaulicher und zunehmend abstrakter Ebene zu lösen;
- Herrschaftsverhältnisse auf ihren Sinn, auf ihre Zwänge, Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu prüfen;
- die neuen Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturen, Herrschaftsverhältnisse und Entscheidungsprozesse kritisch zu hinterfragen, zu verstehen, in der Argumentation zu nutzen;
- Kommunikation und Kommunikationsmittel als wichtigen Faktor beim demokratischen Umbau in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu verstehen und Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen;
- in politischen Alternativen zu denken, sozialbestimmte Verhaltensweisen zu erkennen und Toleranz im Umgang mit anderen Meinungen zu praktizieren.

Die im Unterricht erworbenen Kenntnisse, Erkenntnisse und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler können als Einzel- oder Gruppenleistung nach bestimmten Kriterien beurteilt und benotet werden. Bewertet werden können der Umfang, die selbständige und richtige Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Art der Darstellung, die logische und sachgerechte Argumentation und das Aufgreifen von Gegenargumenten. Dabei werden der Leistungsstand der Lerngruppe und die Lernentwicklung der Schülerin oder des Schülers berücksichtigt (siehe Ausbildungs- und Abschlußordnung der Sekundarstufe I im Land Brandenburg). Anforderungen und Bewertungsgrundsätze müssen den Schülerinnen und Schülern auch im Vergleich mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern transparent sein und verständlich gemacht werden (siehe "Verordnung über die Mitwirkung der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte"). Die Lehrerinnen und Lehrer sollten die Ergebnisse der Lernerfolgsüberprüfungen auch zum Anlaß nehmen, die Zielsetzungen und Metho-

den des Unterrichts zu überprüfen und ggf. zu modifizieren. Wichtige Lernzielbereiche wie die Förderung von Handlungsbereitschaft oder die Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln können jedoch nicht formal geprüft werden.

Neben mündlicher Lernkontrolle im Fach Politische Bildung sind zur Leistungsfeststellung auch gelegentliche kurze schriftliche Übungen zulässig. Schriftliche Lernerfolgskontrollen sollten die Schülerinnen und Schüler zum Denken anregen (z. B. kein reines Abfragen von Fakten). Sie sollten bei der Rückgabe ausführlich erläutert und begründet werden.

4. Zum Umgang mit dem Rahmenplan

Im Sinne der "Offenheit" des Rahmenplans verbietet sich eine verbindliche Festlegung von Themen und Inhalten. Insofern stellen die Themen und Inhalte des Rahmenplans eine exemplarische Auswahl dar und müssen von den Lehrerinnen und Lehrern didaktisch konkretisiert werden. Der Rahmenplan bietet damit ein hohes Maß an Offenheit und an pädagogischer, didaktisch-methodischer Freiheit. Er folgt der Intention, daß Schülerinnen und Schüler Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge gewinnen, individuelle und gesellschaftliche Lebenssituationen verstehen und sachkundig bewältigen können. Diese Anlage erfordert eine hohe inhaltlich-methodische Entscheidungskompetenz der Lehrerinnen und Lehrer. **Die Komplexität der Inhalte, pädagogische Aspekte und die unterschiedlichen Stundenvolumina im Lernbereich für die verschiedenen Schulformen erfordern von den LehrerInnen und Lehrern, eigenverantwortlich fächerübergreifende Unterrichtsstunden zu strukturieren und in Absprache mit den Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches (Fachkonferenz) einen schuleigenen Lehrplan zu erarbeiten.**

Dabei sind notwendige Absprachen zu treffen und das Mitspracherecht der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern in den Fachkonferenzen zu berücksichtigen (siehe "Verordnung über die Mitwirkung der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte").

Für ihre Unterrichtsplanung ist die Orientierung an den Qualifikationen eine wesentliche Hilfe (vgl. Kapitel 2.1). Die Qualifikationen bedürfen zu ihrer Umsetzung geeigneter Lerninhalte und Lernverfahren. Umgekehrt können Lerninhalte unter Beachtung der Qualifikationen daraufhin geprüft werden, welchen Bezug sie zu den Intentionen des Faches haben. Auf der inhaltlichen Ebene bieten die ausgewählten Schlüsselprobleme ein grundlegendes Raster für die Einordnung von Themen und Inhalten. In den vier Lernfeldern (Gesellschaft, Wirtschaft, Demokratie, die Eine Welt - vgl. Kapitel 5) sind die Qualifikationen und Schlüsselprobleme thematisch entfaltet und aufgefüllt.

Der Lernprozeß sollte unter Berücksichtigung von Schülererfahrungen und -interessen vom Konkreten zum Allgemeinen führen. Die Anordnung der Lernbereiche erleichtert dieses Verfahren. Bei der Themenauswahl sollten in jedem Schuljahr alle vier Lernfelder ausgewogen berücksichtigt werden, wobei Schwerpunktsetzungen möglich sind.

Diese neue pädagogische Vorgehensweise, die sich auch im didaktisch-methodischen Bereich sehr deutlich von vergangenem Lehrplanverständnis unterscheidet, ist in den didaktischen Prinzipien des Lehrens und Lernens (Kapitel 2.2) und in den Lernverfahren und Methoden (Kapitel 2.3) näher ausgeführt. Erst dieser Arbeitszusammenhang gewährleistet, daß sich nicht der alte Stoffzentrismus wieder herstellt.

Insgesamt gibt der Lehrplan einen Rahmen vor, der gemeinsam mit den SchülerInnen und Schülern ausgefüllt werden muß. Er ist keinesfalls so zu verstehen, daß der Anspruch nach Umsetzung aller Themenbeispiele im Unterricht erhoben wird.

Er soll Anregungen zur Diskussion mit den Fachkolleginnen und -kollegen bieten und der Erprobung dienen. Diesem Charakter des Rahmenplans entspricht der Wunsch nach kontinuierlicher Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern, die diesen Rahmenplan in der Schule verwirklichen. Ihre Erfahrungen sollten rückgemeldet und in die Weiterentwicklung des Rahmenplans eingearbeitet werden.

5. Lernfelder, Themen und Inhalte

Grobstruktur des Rahmenplans

4 Lernfelder in 3 Stufen (Klassen 5/6 - 7/8 - 9/10) in konzentrischen Kreisen
Situations- und Handlungsbezug bei Wahl von Themen, Problemen, Inhalten
(Auswahl von Themenbeispielen als Übersicht)

Rückblick auf die Grundschule

Lernfelder	Gesellschaft	Wirtschaft	Demokratie	Die Eine Welt
5/6	Soziales Verhalten in Rollen z. B. o Schule o Freizeit o Familie o Gleichberechtigung	Produktion und Konsum z. B. o Arbeitswelt, Beruf und Familie o Wirtschaftssystem und Wandel o Wirtschaft und Umwelt	Mitbestimmung und Information z. B. o politische Entscheidungen/Kommune o Schülermitbestimmung o Informationen und Medien	Leben mit Fremden/ Dritte Welt z. B. o Toleranz und Solidarität o Frieden

Sekundarstufe I

7/8	Verhaltensprägung und -steuerung durch Gruppen z. B. o Jugendliche und Gruppen o Minderheiten o Ossi - Wessi o Freizeit o Sucht	Konsument und Arbeitnehmer in der sozialen Marktwirtschaft z. B. o Arbeitsplatz/Arbeitslosigkeit o Konsum o Werbung o Eigentum o Umwelt	Regeln der Legitimation und Begrenzung von Macht z. B. o Parteien - Organisationen - Bürgerbewegung - Parlament o Strukturen der ehemaligen DDR o Mitentscheidung in der Schule o Staatliche Gewalt o Medien	Vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt z. B. o Probleme der Dritten Welt o Umwelt o Europäisches Haus
9/10	Gesellschaftsstrukturen und sozialer Wandel z. B. o Berufswahl o Lebensformen und Lebensgestaltung o Chancengleichheit o Mitbestimmung	Möglichkeiten von Markt- und Planungswirtschaft im Umbruch z. B. o Marktmodell und soziale Marktwirtschaft o Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion o Interessenvertretung o Konfliktregelung	Politische Entscheidungs- und Mitwirkungsprozesse z. B. o politische Beteiligung/ freie Wahlen o Bürgerbewegung o Rechtsextremismus o Konfliktregelungen in der Schule o Medien	Umbrüche, Konflikte und neue Dimensionen in internationalen Beziehungen z. B. o neue Friedens- und Sicherheitskonzepte o Europäischer Einigungsprozeß o Entwicklungshilfe

Lernfeld: Gesellschaft	Klassen 7/8	
<p>Inhaltlicher Schwerpunkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verhaltensprägung und -steuerung durch Gruppen - Bedingungen und Auswirkungen von Sozialisation - Verhalten als Ergebnis individueller und gruppenspezifischer Sozialisation - Vorurteile als Reaktion auf Fremdes (Minderheiten und Randgruppen) - Zusammenhang zwischen sozialen Chancen und schichtspezifischer Sozialisation - Möglichkeiten der sozialen Integration durch die Schule 		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"In der Clique bin ich akzeptiert." Die Bedeutung der Gleichaltrigengruppe für den Jugendlichen.</p> <p>"Vor diesen Typen mußt du dich in acht nehmen!" Vorurteile gegenüber Minderheiten.</p> <p>"Ossis und Wessis!" Das Zusammenleben und Zusammenwachsen von Menschen aus gegensätzlichen Systemen.</p> <p>"Über meine Freizeit bestimme ich allein!" Möglichkeiten und Grenzen des Freizeitverhaltens.</p>	<p>Ursachen von Gruppenbildungen Jugendlicher, Ich- und Wirgefühl, Leitbilder und Identifikationen, jugendliche Subkulturen, Ablösung vom Elternhaus, veränderte Beziehungen zu den Eltern, Generationsprobleme, Orientierungsprobleme Jugendlicher, Berufswahl und Bildungschancen, Frustrations-Aggressionsmechanismen in der Jugendzeit.</p> <p>Minderheiten und Randgruppen (z. B. Fremde, Obdachlose), andere Denk- und Lebensgewohnheiten, Selbst- und Fremdbilder, Feindbilder, Stereotype und Gruppenkonformität.</p> <p>Faktoren der unterschiedlichen Sozialisation, die jeweilige Entwicklung und ihre Auswirkungen (z. B. auf das Selbstbewußtsein), die Mauer in den Köpfen, Sprachbarrieren, veränderte soziale Schichtung, der Wandel der Schule und des Lehrer-Schüler-Verhältnisses.</p> <p>Veränderte Freizeitmöglichkeiten, Freizeitaktivitäten und ihre Leitbilder, Freizeitindustrie, Umweltprobleme.</p>	<p>Arbeitslehre, Klasse 7/8, Themenkomplex: "Zusammenleben im Haushalt".</p> <p>Arbeitslehre, Klasse 7/8, Themenkomplex: "Zusammenleben im Haushalt".</p>

Lernfeld:

Gesellschaft

Klassen 7/8

Themenbeispiele

Inhalte und Probleme

Hinweise

"Wenn ich will, dann höre ich auf!"

Gefahren der Suchtabhängigkeit und Gesundheitsrisiken.

Ursachen von Nikotin- und Alkoholkonsum (Gruppendruck, individuelle Probleme, Streben nach dem Erwachsenenstatus), biologische und psychosoziale Wirkungen und Folgen von Sucht, Automaten Spiele als Sucht.

Lernfeld:	Wirtschaft		Klasse 7/8
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Konsument und Arbeitnehmer in der sozialen Marktwirtschaft <ul style="list-style-type: none"> - Funktionsweise des Marktes - Abhängigkeiten des Konsumenten vom Markt und seine partiellen Einflußmöglichkeiten - Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Sicherung - Leistungsdruck und Humanisierung der Arbeitswelt - Wechsel der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft 		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise	
<p>"Man kann alles verkaufen!" Funktion der Werbung in der Marktwirtschaft.</p> <p>"Vorsicht Sonderangebot!" Das Konsumverhalten und seine Wirkungen auf das Marktgeschehen</p> <p>"Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit!" Die Bedeutung von Arbeit für den einzelnen, Auseinandersetzung mit Arbeitslosigkeit.</p> <p>"Sicherheit für alle?!" Soziale Sicherung und Zukunftsvorsorge von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern</p>	<p>Funktion der Werbung: Information, Förderung des Wettbewerbs und der Markttransparenz, Bedürfnisweckung, Manipulation durch Werbung, Analyse von Werbetechniken, Aufwendungen für Werbung, Werbebeschränkungen, die Werbeindustrie.</p> <p>Angebot und Nachfrage, Markt, Preis, Markttransparenz, Konzentrationsprozeß auf der Angebotsseite-Atomisierung auf der Nachfrageseite, Verbraucherinformation und -organisation, Eigeninitiativen von Konsumenten, Chancen brandenburgischer Produkte, die Aufteilung ostdeutscher Märkte.</p> <p>Produktivität, Arbeitszeit, Status, Ausbildung, Bezahlung nach Alter und Geschlecht, Lohnsystem, unterschiedliche Besteuerung nach sozialen Gesichtspunkten, Arbeitsmarkt, Tarifautonomie, Lohn-Preis- oder Preis-Lohn-Spirale.</p> <p>Grenzen individueller Vorsorge (Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit), Sozialversicherungssystem, Kosten des Sozialstaates, Sozialgerichtsbarkeit, individuelle Vorsorge, Sparen, Versicherungen.</p>	<p>Geschichte, Klasse 8, Thema 10: "Industrielle Revolution".</p> <p>Arbeitslehre, Klasse 7/8, Themenkomplex: "Wirtschaftliche und technische Entwicklung ...".</p>	

Lernfeld: Wirtschaft		Klasse 7/8
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Arbeit - nur ein Kostenfaktor?" Probleme der Arbeitsorganisation und der Humanisierung der Arbeitswelt.</p>	<p>Der Konflikt zwischen Kostenminimierung und Humanisierung der Arbeitswelt, Folgen der Automatisierung und Rationalisierung, Arbeit als Mittel zur Selbstverwirklichung des Menschen?, Probleme im Zusammenhang mit der Entfremdung der Arbeit, Konsequenzen der Arbeitsteilung.</p>	<p>Geschichte, Klasse 8, Thema 10: "Industrielle Revolution".</p> <p>Erdkunde, Klasse 7/8, Themenbereich 2: "Asien".</p>
<p>"Eigentum verpflichtet!" Der Umgang mit Eigentum in der Marktwirtschaft.</p>	<p>Verantwortung der Arbeitgeberinnen und -geber, Eigentumsformen, GG Art. 14 und Art. 15, Eingriffsmöglichkeiten des Staates. Eigentumsformen in der ehemaligen DDR.</p>	
<p>"Verkauft und Verraten?" Die wirtschaftlichen Folgen und Probleme der deutschen Einigung.</p>	<p>Systemwandel und die Folgen für die Arbeitswelt, "Kolonisierungstendenzen"?, die Landwirtschaft in Brandenburg, Aufgaben des Mittelstandes, die großen Industriestandorte in Brandenburg, ABM und andere Aufgaben des Arbeitsamtes.</p>	
<p>"Auto- Fortbewegungsmittel oder Statussymbol?" Verkehrspolitik und individuelle Wertmaßstäbe</p>	<p>Eisenbahn und Autoverkehr, Nahverkehr, Verkehrsplanung, Mobilität in der Gesellschaft und ihre Folgen für die Umwelt, Wertmaßstäbe und Konsum.</p>	<p>Arbeitslehre, Klasse 7/8, Themenkomplex 1: "Verkehrsmittel".</p>

Lernfeld:	Demokratie		Klasse 7/8
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Regeln der Legitimation und Begrenzung von politischer Macht und Herrschaft <ul style="list-style-type: none"> - Wandel der Machtverhältnisse im Osten Deutschlands - Hineinwachsen in ein anderes System - Merkmale der parlamentarischen Demokratie - Funktionen von Parteien und Bürgerbewegungen in der parlamentarischen Demokratie - Gewaltenteilung und Machtkontrolle im parlamentarischen System - Das Verhältnis von Rechtssicherung und staatlicher Gewalt - Beteiligungsmöglichkeiten in Institutionen 		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise	
<p>"Wenn wir die Schule so machen könnten, wie wir wollen..." Schule und Unterricht zwischen Lenkung und Mitentscheidung.</p> <p>"Jetzt rufe ich die Polizei!" Staatliche Gewaltanwendung und ihre Grenzen im Rechtsstaat.</p> <p>"Wir sind das Volk! - Volksbewegung und Parteien." Die Funktionen der Parteien und Bürgerbewegungen bei der politischen Willensbildung.</p>	<p>Entscheidungsspielräume für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler, Rolle der Lehrerinnen/Lehrer, der Schülerinnen/Schüler, Lehrplan und Interessen der Schülerinnen/Schüler, Mitwirkungsmöglichkeiten und Grenzen, Gestaltung einer Schulordnung.</p> <p>Der Rechtsstaat und seine Merkmale, Grundgesetzgarantien, individuelle Ansprüche, rechtliche Regelungen, Bürgerinnen/Bürger und Verwaltung, Rechtsnormen und Verfassungsprinzipien.</p> <p>Parteien und Bürgerbewegungen in der parlamentarischen Demokratie, politische Willensbildung, Entscheidungsmöglichkeiten für Wählerinnen und Wähler, Programme von Parteien und Bürgerbewegungen, Führungsoligarchien in Parteien und Verbänden, plebiszitäre Elemente, Parteienfinanzierung, Wählerinitiativen, keine Demokratie ohne Streitkultur.</p>	<p>Geschichte, Klasse 8, Thema 7: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". Thema 9: "Demokratischer Aufbruch in Deutschland".</p>	

Lernfeld:

Demokratie

Klasse 7/8

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"99,89 % - Die Partel hat immer recht." Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Systems.</p> <p>"Wer kontrolliert den Bundeskanzler?" Die Machtverteilung im parlamentarischen System.</p> <p>"Talk-Show-Demokratie?" Der Bürger/die Bürgerin und die Medien.</p>	<p>Die Strukturen in der ehemaligen DDR, Nationale Front, Blockparteien, Einheit von Partei- und Staatsführung, die Stasi als Staat im Staate, Wahlen in der DDR, das Verhältnis von Staat und Kirche, Widerstand gegen die SED-Herrschaft, politische Hoffnungen und Illusionen der DDR-Bürgerinnen und Bürger, obrigkeitsstaatliches Denken und Untertanenmentalität, Probleme des Übergangs in ein anderes System.</p> <p>Das Verhältnis von Parlament und Regierung, Verwaltung, Probleme der Machtverteilung im Staat, Unabhängigkeit der Justiz, die Bedeutung der Wahlen, GG Art. 20.</p> <p>Hör-, Seh- und Lesegewohnheiten, Leserbriefe, Zuschauerinitiativen, Presserecht und Pressefreiheit, Funktion des Kritikers, Einwirkungsmöglichkeiten auf Medien, Medienkonzerne, kritischer Journalismus, die Massenmedien als 4. Gewalt, Darstellung der Frau in den Medien, Information und Meinungsmache.</p>	<p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 2: "Völker hört die Signale ...".</p>

Lernfeld: Die Eine Welt		Klasse 7/8
Inhaltlicher Schwerpunkt: Vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt <ul style="list-style-type: none"> - Kennzeichen für "entwickelte" und "unterentwickelte" Gesellschaften - Soziokulturelle, ökonomische und historische Gründe für Unterschiede und Gemeinsamkeiten - Einstellungen gegenüber anderen Gesellschaften und Maßstäbe der Bewertung - Ökologische Bedrohung der Welt durch den Nord-Süd-Gegensatz - Probleme des europäischen Einigungsprozesses 		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Weil wir reich sind, sind andere arm!" Zur Problematik von Entwicklung und Unterentwicklung.</p>	<p>Gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation von Ländern der Dritten Welt, die Ärmsten der Armen, Abhängigkeiten der Dritten Welt: Neokolonialismus, Rüstungsexport, Entwicklungshilfe.</p>	<p>Erdkunde, Klasse 7/8, Themenbereich 2: "Asien". Themenbereich 3: "Afrika". Geschichte, Klasse 7, Thema 2: "Europa und Amerika". Geschichte, Klasse 8, Thema 11: "Europäische Staaten und ihre Kolonien".</p>
<p>"Stirbt der Regenwald?" Wer profitiert vom Raubbau an der Natur?</p>	<p>Weltwirtschaftspolitik, Internationale Konzerne, Möglichkeiten und Grenzen internationaler Zusammenarbeit, die Rückwirkung weltweit operierender Fast-Food-Ketten auf die einheimische Landwirtschaft.</p>	<p>Erdkunde, Klasse 7/8, Themenbereich 6: "Lateinamerika".</p>
<p>"Das Ozonloch kennt keine Grenzen!" Notwendigkeit weltweiter Zusammenarbeit im Umweltschutz.</p>	<p>Weltweite Klimakatastrophen, Umweltorganisationen, Greenpeace, Robin Wood u. a., Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden, Ursachen, Folgen, Maßnahmen zum Umweltschutz.</p>	
<p>"Wie bauen wir das Haus Europa?" Probleme der europäischen Einigung.</p>	<p>Europäischer Einigungsprozeß, die verordnete Völkerfreundschaft in der DDR, Abzug der "Freunde", Demokratisierung in Osteuropa, Gorbatschow und die Folgen, Öffnung der Mauer, die nahen fernen Nachbarn (Polen), ist Westeuropa der Maßstab für Osteuropa?</p>	<p>Rückgriff Erdkunde, Klasse 6, Themenbereich 7: "Das gemeinsame Haus Europa".</p>

Lernfeld:

Gesellschaft

Klasse 9/10

Inhaltlicher Schwerpunkt:

Gesellschaftsstrukturen und sozialer Wandel

- Berufsentscheidung zwischen Wunsch und Realität
- Möglichkeiten des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft
- Wandel der Gesellschaftsstrukturen - das Problem der sozialen Ungleichheit
- Formen und Probleme individueller Lebensgestaltung
- Marktwirtschaftliche Entwicklungen und soziale Grundbedürfnisse
- Mitbestimmung und Mitbeteiligung in Gesellschaft und Wirtschaft
- Suchtprobleme (Alkohol, Nikotin, Drogen), AIDS.

Themenbeispiele

Inhalte und Probleme

Hinweise

"Berufswahl eine Wahl?"

Die Berufswahl zwischen Zwängen und persönlichen Wünschen.

Berufswahl - Karriere, Job oder Selbstverwirklichung?, Informationsmöglichkeiten, Neigungen - Fähigkeiten, Ausbildungsplätze?, Anforderungen, spezifische Berufsausbildung und berufliche Mobilität, Modeberufe, Frauen im Beruf, Berufswahlorientierung für Mädchen, Beruf und Status, Erfolgchancen im Beruf, Weiterbildung.

Arbeitslehre, Klasse 9/10, Themenkomplex: "Befähigung zu einer Berufsentscheidung".

"Familie und andere Lebensformen."

Möglichkeiten des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft.

Funktionswandel der Familie in gesellschaftlich-ökonomischen Umbrüchen (Vorsorge- und Absicherungsaspekt), Arbeitsmarkt und Mobilitätsdruck auf die Familie, andere Lebensformen, Generationskonflikt, Autoritätsstrukturen in der Familie, Wandel in der Kindererziehung, Berufstätigkeit und Hausarbeit, Freizeit, partnerschaftliche Rollenverteilung in Beruf und Familie.

Arbeitslehre, Klasse 9/10, Themenkomplex: "Entscheidungsprozesse im Haushalt".

"Freundschaft und Liebe".

Formen und Probleme individueller Lebensgestaltung.

Die erste Liebe, heterosexuelle, homosexuelle Lebensformen, Partnerwechsel und Treue, Geschlechtsrollen, Körpersprache, Verhütung, AIDS, Glücksanspruch und Verantwortung, Gewalt, sexueller Mißbrauch, Nötigung, Prostitution, Glück und Enttäuschung.

Lernfeld: Gesellschaft	Klasse 9/10	
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Wenn ich nicht mehr weiter weiß" ... Sucht und Drogen im Alltag.</p>	<p>Die Entstehung von Sucht und Abhängigkeit (Sucht als enttäuschte und verirrte Sehnsucht), Drogen (legale und illegale), physische, psychische und soziale Wirkungen von Drogen, Drogenkriminalität, Flucht in Jugendsekten, Beratung und Therapie.</p>	
<p>"Gleichheit oder Chancengleichheit im vereinigten Deutschland?" Der Wandel der Gesellschaftsstrukturen.</p>	<p>Strukturwandel in Ostdeutschland, Formen und Gründe sozialer Ungleichheit (Schicht- bzw. Klassenstrukturbildungen - Einkommen, Vermögen, Position, Macht, Bildung usw.), West- Ost-Gefälle in Deutschland, Integration von Minderheiten und Fremden, Gesellschaftspolitik (z. B. Verteilungs-, Vermögens-, Bildungspolitik) als Weg zur Chancengleichheit und größeren sozialen Gerechtigkeit.</p>	<p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 9: "BRD und DDR".</p>
<p>"Wohnen als Menschenrecht". Marktwirtschaftliche Probleme am Beispiel des Wohnraums.</p>	<p>Wohnung als existentielles Bedürfnis, Preisbildung auf dem Wohnungsmarkt, Mietpreisexplosion, Vertragsfreiheit, Verfügungsgewalt über Eigentum (GG Art. 14), Sozialbindung des Eigentums, Mieterschutz, Staatliche Schutz- und Fördermaßnahmen, Sanierungskosten.</p>	<p>Rückgriff: Arbeitslehre, Klasse 7/8, Themenkomplex: "Wohnen früher und heute".</p> <p>Arbeitslehre, Klasse 9/10, Themenkomplex: "Ich suche eine Wohnung und richte sie ein".</p>
<p>"Wer mitbetroffen ist, soll auch mitbestimmen." Probleme der Mitbestimmung bzw. Mitbeteiligung in Gesellschaft und Wirtschaft.</p>	<p>Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung, Möglichkeiten für Mitbestimmung in Betrieben und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, spezifische Formen der Mitbestimmung: Betrieb, Familie, Schule, Verein, Parteien, Bürgerbewegungen.</p>	<p>Arbeitslehre, Klasse 9/10, Themenkomplex: "Tarifverhandlungen".</p>

Lernfeld: Wirtschaft	Klasse 9/10	
Inhaltlicher Schwerpunkt: <ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeiten von Markt und Planung - Der Markt - Modell und Wirklichkeit - Probleme des wirtschaftlichen Umbruchs - Grundfragen der sozialen Marktwirtschaft - Probleme des Arbeitsmarktgeschehens - Verhältnis von Markt und staatlicher Lenkung - Wirtschaftliche und konsumtive Trends 		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Hoffnung oder Resignation?" Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft.</p> <p>"Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion?" Zwischen Hoffnung und Realität - Probleme des wirtschaftlichen Umbruchs.</p>	<p>Das Umwelterbe der zentralistischen Planwirtschaft, Dimension - ökologischer Umbau der Marktwirtschaft, Entwicklung von Technik und Produktion, Veränderung von Werten, Normen und Wissenschaften, Veränderung von Organisationen und Institutionen, Probleme: Sicherung von Arbeitsplätzen, des ökologischen Gleichgewichts, der Ressourcen und der menschlichen Identität.</p> <p>Einheitseuphorie und politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für den Neubeginn, Zusammenbruch der zentralistischen Planwirtschaft, Umbau der Wirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft - soziale Auswirkungen, Aufgaben und Grenzen der Treuhand (Sanierung, Abwicklung, Privatisierung, Überführung, Regelung von politischen Rahmenbedingungen, Grundstücksfragen).</p>	<p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 9: "BRD und DDR".</p> <p>Thema 13: "Deutschland einig Vaterland!?"</p> <p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 13: "Deutschland einig Vaterland!?"</p>

Lernfeld: Wirtschaft	Klasse 9/10	
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Wie sozial ist die soziale Marktwirtschaft?" Grundfragen der sozialen Marktwirtschaft.</p> <p>"Arbeit als Ware!" Probleme des Arbeitsmarktgeschehens.</p> <p>"Arbeitsfrieden oder Streik?" Interessenvertretung und Konfliktregelung in der Arbeitswelt.</p>	<p>Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung, Marktmodell und Marktwirklichkeit, Organisationsformen des Kapitals und der Arbeit, soziale Marktwirtschaft - Anspruch und Wirklichkeit, Aufgaben des Staates gegenüber der Wirtschaft (z. B. Struktur, Arbeitsmarkt, Finanz-, Gesundheits- und Umweltpolitik).</p> <p>Arbeitsmarktsituation in Brandenburg (Kurzarbeit, Umschulung, Pendler, Lehrstellenmangel), Arbeit als Menschenrecht, Massenarbeitslosigkeit und Existenzängste. soziale und psychische Situation: Arbeitslose, gesellschaftliche Auswirkungen, Staatshaushalt, Politik, Wahlverhalten.</p> <p>Organisierte Interessenvertretung im Betrieb (Formen der betrieblichen Mitbestimmung, Interessenvertretung von Auszubildenden) Gruppeninteressen und gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten, Interessenvertretung von Arbeitslosen, Arbeitsplatzkonflikte und ihre Austragung, Möglichkeiten der Konfliktregelung, Tarifauseinandersetzungen, Streiks, Aussperrung, Mißbrauch organisierter Macht.</p>	<p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 9: "BRD und DDR".</p> <p>Erdkunde, Klasse 10, Themenbereich 2: "Deutschland in Europa".</p> <p>In Absprache mit dem Fach "Arbeitslehre".</p> <p>Arbeitslehre, Klasse 9/10, Themenkomplex: "Tarifverhandlungen".</p>

Lernfeld: Wirtschaft	Klasse 9/10	
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Vom Mangel zum Überfluß - bleibt die Umwelt erneut auf der Strecke?" "Ökonomisches Wachstum - Verbrauchergewohnheiten - ökologische Verantwortung.</p>	<p>Ökologie - ein wirtschaftlicher Luxus?, Probleme der Lebensqualität, Sozialprodukt, Vor- und Nachteile ökonomischen Wachstums, Verbrauchergewohnheiten (Werbung und Konsumrausch), Wertewandel, Umweltbelastungen (Autoboom, Braunkohle, KKW, Mülllawine), Energiekonzepte und ökologische Alternativen, globale Dimension (Regenwald, Umweltvergiftung) und globale Verantwortung.</p>	<p>Arbeitslehre, Klasse 9/10, Themenkomplex: "Wirtschaftliches Handeln und ökologische Verantwortung".</p> <p>Erdkunde, Klasse 9/10, Themenbereich 1: "Globale Probleme".</p>

Lernfeld:	Demokratie		Klasse 9/10
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Politische Entscheidungs- und Mitwirkungsprozesse im demokratischen Rechtsstaat <ul style="list-style-type: none"> - Soziale Konflikte und Lösungsmöglichkeiten - Freie Wahlen als Fundament der Demokratie - Wege der politischen Beteiligung zwischen den Wahlen - Erweiterung der repräsentativen Demokratie durch Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen - Gesellschaftliche und staatliche Reaktionen auf Herausforderungen durch Gewalt - Verhältnis von Demokratie, Herrschaft und Massenmedien 		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise	
<p>"Schule als Lernort der Demokratie?" Konflikte im Schulleben.</p> <p>"Jetzt freie Wahlen - welche Wahl haben die WählerInnen und Wähler?" Politische Wahlen als Fundament der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.</p>	<p>Rollenkonflikte, Interessenkonflikte, politische Konflikte, Öffnung der Schule, Erwartungen der Gesellschaft, Schule als Lern- und Lebensort, Möglichkeiten der Konfliktregelung, Schulreformgesetz in Brandenburg, Grundrechtsgeltung und Verantwortlichkeit der Länderparlamente.</p> <p>Unterschiedliche Funktion von Wahlen in autoritär-zentralistischen und in demokratischen Strukturen, Wahlen als Spiegelbild der demokratischen Kultur einer Gesellschaft, demokratische Wahlen, Kandidatenaufstellung, Stellung, Programme und Strukturen von Parteien und Bürgerbewegungen, basisdemokratische Willensbildung, Handlungschancen der Bürgerinnen und Bürger, Wahlsysteme, Wahlrecht (Verhältnis-, Mehrheitswahlrecht, 5 %-Klausel) Parteien- und Wahlkampffinanzierung.</p>	<p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 4: "Weimarer Republik ...".</p> <p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 9: "BRD und DDR".</p>	

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Macht oder Ohnmacht nach der Wahl?" Die Wege der politischen Beteiligung zwischen den Wahlen.</p> <p>"Extremismus und Gewalt" Die Herausforderung von Staat und Gesellschaft durch Extremismus und Terrorismus.</p> <p>"Bürger für Bürger." Die Rolle der Bürgerbewegungen vor und nach der Wende.</p>	<p>Wahlversprechen und deren Realisierung, Handlungsmöglichkeiten von unten während der Legislaturperiode und gegenüber Mandatsträgern und Behörden und bei der Beteiligung an Initiativen, Komplexität und Langwierigkeit demokratischer Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse.</p> <p>Erscheinungsformen und Ursachen von Extremismus und Terrorismus, Jugendbanden, Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, Rückgriff auf nationalsozialistische Symbole und Traditionen, Neonazismus, Rolle der Hooligans, Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalttätigkeit in der ehemaligen DDR, Gefährdung von Staat und Gesellschaft durch Extremismus und Terrorismus, RAF - Terror statt demokratischer Aktion. Gesellschaftliche und staatliche Reaktionen.</p> <p>Die "gewaltlose Macht" breiter Bürgerbewegungen und die Überwindung von zentralistischen Strukturen, Bürgerbewegungen als Träger parteienübergreifender Probleme und als Form einer neuen politischen Kultur, Gruppeninteressen gegen Institutionen, Fähigkeit, eine politische Meinung mehrheitsfähig zu machen.</p>	<p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 13: "Deutschland einig Vaterland!"?</p>

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Nationaler Egoismus oder internationale Kooperation?" Möglichkeiten und Schwierigkeiten weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit.</p>	<p>Ökonomische, ökologische, soziale und politische Strukturveränderungen und neue Abhängigkeiten, Relativierung von Souveränitätsrechten bei internationalen Kooperationen und Zusammenschlüssen, Verantwortung für das Weltganze: Trends zur "Weltinnenpolitik", GATT und Weltbank als globale Steuerungsversuche, Rolle der UNO, Identität, Solidarität und Nationalismus.</p>	<p>Geschichte, Klasse 9/10, Thema 1: "Pulverfaß Europa".</p> <p>Erdkunde, Klasse 9/10, Themenbereich 1: "Globale Probleme".</p>
<p>"Entwicklungshilfe - Erhöhung der Abhängigkeit oder Hilfe zur Selbsthilfe?" Die Verflechtung von Problemen zwischen armen und reichen Ländern.</p>	<p>Entwicklungshilfe als globale Notwendigkeit (Ursachen und globale Auswirkungen von Unterentwicklung - Migration, ökologischer Zusammenbruch, Krisenherde), soziokulturelle Faktoren in Ländern der Dritten Welt, Konzepte der Entwicklungspolitik, z. B. Kapitalhilfe und Technologietransfer, Verschuldungsproblematik, Vorurteile und Standpunkte zur Entwicklungshilfe, Hilfe zur Selbsthilfe.</p>	

Verlag und Versand: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Karl-Liebknecht-Straße (Landeshochschule), O-1574 Golm
Telefon 9 76 23 01, Telefax 9 76 23 09

Einzelbestellungen können nur beim Verlag vorgenommen werden.

Preis des Einzelheftes 8,55 DM incl. Porto, Versand und Mwst.